

Der Syrienkonflikt ist lösbar – man muss es nur wollen.

Geradezu mantramäßig haben uns Diplomaten und Experten darauf eingeschworen, dass ein Krieg zur Lösung des Syrienkonfliktes keine Lösung sei. Inzwischen besteht allerorts die Einsicht, dass ohne Bodentruppen offensichtlich keine Lösung zu erreichen sei. Doch niemand will die *boots on the ground* stellen.

Einen allerdings schert das wenig. Wladimir Putin kommt aus der Luft und bombt Assads Truppen konsequent nach dem Muster der Niederschlagung Tschetscheniens den Weg frei. Und die Welt schaut wieder einmal klagend zu.

Putin zeigt, dass Krieg eben doch notwendig ist, um den Syrienkonflikt zu lösen, auch wenn uns dieser Krieg nicht gefällt. Denn er tötet Unschuldige und vertreibt sie, so wie Unschuldige unter den Bomben der US-geführten Allianz leiden, zu denen deutsche Tornados die Aufklärungsergebnisse beisteuern. Krieg hat immer Kollateralschäden, egal aus welchen Schächten die Bomben fallen.

Putin ist dabei, eine Lösung zu erzielen, die der Westen insgeheim gutheißen dürfte. Er könnte es fertigbringen, Syrien rebellen- und oppositionsfrei zu bomben und die Voraussetzungen für eine Rückkehr vieler Flüchtlinge zu schaffen. Der Westen wird ihn dafür heimlich wertschätzen und traut sich dennoch nicht, dieses kund zu tun. Wladimir Putin wäscht uns den Pelz, wie müssen uns nicht nassmachen. Er könnte am Ende die EU von der Last ihrer größten Zerreißprobe befreien.

Doch anstatt darauf diplomatisch hinzuarbeiten, begrenzt sich die sachliche Auseinandersetzung auf die Unperson Baschar al Assad und das Flüchtlingsproblem zwischen Aleppo und der türkischen Grenze. Noch vor vier Jahren stand Syrien mit Baschar al Assad vor dem Aus. Jetzt ist er, der Fassbombenmörder mit der Schuldlast von dreihunderttausend getöteten Menschen und 2,4 Millionen geflüchteten Landsleuten im Gepäck, durch die konsequente Unterstützung Russlands und des Iran ein Verhandlungspartner von Gewicht. Er ist zweifellos jetzt schon der eigentliche Sieger mit der Chance, Führer eines befreiten Syriens zu werden und sogar die avisierten Wahlen zu gewinnen. Das Land selbst hat unter dem etablierten System Chancen, nicht im Chaos zu versinken wie der Irak nach dem Abzug der USA. Was wollen wir mehr?

Syrien wird wieder zum namhaften Öl-Produzenten. Investoren werden um den Wiederaufbau buhlen. Russische Investoren werden die ersten sein. Genauso läuft Politik. Und der Westen lernt schmerzhaft, dass man auch mit den Barbaren reden muss. Man höre und staune, zur Not sogar mit dem „Islamischen Staat“.

Was ist das für eine westliche Politik, die bisher neben der durchaus erfolgreichen Unterstützung der kämpfenden Kurden nichts anderes fertigbrachte als einen zermürbenden Luftkrieg ohne Aussicht auf Erfolg? Die Putin warnte, als er sich in Syrien festsetzte, die ihn jetzt beschimpft, dass er der Welt ein zerbombtes Aleppo und damit ein weiteres Flüchtlingsproblem beschert.

Dabei ist Putin der einzige, der sich auf diesem Schlachtfeld konsequent nach vorne bewegt. Wenn es einen Gesamtsieger gibt, dann wird es Putin sein, der dann endgültig wieder in der Weltpolitik angekommen ist. Das wird Folgen haben. Die annektierte Krim wird eine zu schluckende Kröte sein, die von ihm teilbesetzte Ost-Ukraine ein Garant für seinen freien Zugang zur Krim, die Sanktionen werden abgemildert oder gar aufgehoben und die Petersburger Gespräche wieder aufgenommen. Unmöglich? Warten wir es ab. Der Kreislauf pragmatischer Politik ist jenseits aller Moral und des Völkerrechtes nicht aufzuhalten.

Doch auch mit einer russischen Lösung des Syrienkonfliktes werden das Terrorproblem und das IS-Problem in der gesamten Region längst nicht gelöst sein. Die Terrorgruppen wie die al - Nusra Front werden sich neu formieren, der IS wird allenfalls ausweichen. Die Probleme verlagern sich in die Nachbarländer.

Es ist also angesichts der russischen Erfolge in Syrien Zeit, über Lösungen nachzudenken, die den Gesamttraum befrieden. Deswegen müssen die Genfer Gespräche dringend fortgeführt werden, jedoch mit veränderter Zielsetzung, denn es geht um mehr als um Syrien. Und diesmal darf man die Vertreter der Kurden in Genf nicht einfach wieder wegschicken, nur weil die Türken das wollen.

Das diplomatische Kunststück besteht darin, den unterschiedlichen *Key Players* klar zu machen, dass sie ihre Ziele allein nicht mehr durchsetzen können. Ein ganz wesentliche Rolle spielen dabei neben den USA und Russland die Regionalmächte Türkei, Iran und Saudi-Arabien.

Noch vor Monaten konnte die Europäische Union mit der **Türkei** selbstbewusst bezüglich ihrer Kurdenpolitik und der Verletzung von Menschenrechten umgehen. Inzwischen wurde die Türkei zum Schlüsselland für eine erfolgreiche europäische Flüchtlingspolitik. Das Land selbst leidet mit ca. 2,5 Millionen syrischen Flüchtlingen unter einer unvergleichbaren Last. Ende nicht in Sicht, denn russische Bombardierungen und syrische Truppen treiben neue Flüchtlingsströme an die türkische Grenze.

Gleichwohl hat sich dieses in die EU strebende NATO-Land, durch die Menschenrechtsverletzungen seines Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan sowie durch die Bombardierung auch nicht terroristischer Kurden innerhalb und außerhalb seines Landes außenpolitisch längst ins Abseits katapultiert, und doch lässt man es gewähren.

Die Türkei hat durch seine durchlässigen Grenzen den IS lange Jahre mit Logistik unterstützt und stets als willkommenen Gegner der Kurden betrachtet. Erst nach dem islamistischen Anschlag im türkischen Suruk am 20.7.2015, bei dem 34 Menschen starben, erfolgte ein politischer Richtungswechsel im Verhalten gegenüber dem IS. Die türkische Militärbasis Incirlik wurde der US - geführten Allianz zur Verfügung gestellt. Man fliegt mit gegen den IS. Doch alles andere bleibt schwierig mit diesem unverzichtbaren aber unkalkulierbaren Partner, der am 24. November 2015 einen Wendepunkt der Außenpolitik einleitete, als er sich hinreißen ließ, ein russisches Flugzeug abzuschießen.

Verletzungen von Lufträumen passieren überall auf der Welt. Eine andere Frage ist, wie man damit umgeht. Als Präsident Erdoğan seine F-16 Kampffjets im eigenen Luftraum „parkte“, war politisch zuvor eine klare Entscheidung gefallen. Die Suchoi Su-24 der russischen Luftwaffe mit der taktischen Nummer „Weiße 83“, war nur für Sekunden im türkischen Luftraum, doch es reichte für den Abschuss einer Luft-Luft-Rakete aus einer türkischen F-16. So ein Abschuss muss vorbereitet werden, besonders, wenn man den Gegner nur in einem Zipfel des eigenen Luftraumes erwischt. Man liegt wie ein Jäger auf der Lauer, bis die Gelegenheit kommt. Die unkalkulierbare Türkei wollte diesen Abschuss, aus welchen irrationalen Gründen auch immer.

Recep Tayyip Erdoğan und Wladimir Putin haben eines gemeinsam. Sie sind durch politische Klimmzüge an die Macht gekommen, durch internationale Konfrontation gestählt und haben schon jetzt Geschichte geschrieben. Sie befinden sich, wie es die „Heute Show“ kürzlich trefflich formulierte, auf dem „Pavianshügel“ der machthungrigen Männer. Doch diesmal ist es für Tayyip Erdoğan schiefgelaufen. Er hat wieder einmal die Folgen offensichtlich nicht überblickt. Die Rakete traf die russische Seele mitten ins Herz - und kam als Bumerang zurück. Beschwichtigungen seitens der Türkei halfen nicht mehr. Ein Putin verzeiht so schnell nicht.

Bisher galt der Luftraum über Syrien und dem Irak als sicher. Wir haben es der Türkei als Folge des völlig überflüssigen Abschusses zu verdanken, dass Russland eines der fähigsten Boden-Luftabwehrsysteme der Welt, die S-400, in Basil al Assad stationierte. Mit der Reichweite von 400 km erfasst es ganz Syrien, Israel, Jordanien, Zypern - und weite Teile der Türkei.

Die Türkei kämpft inzwischen mit Problemen an fast allen Grenzen. An den Grenzen nach Griechenland, dem Iran, nach Syrien und dem Irak. Und nun ist sie auch im Zerwürfnis mit dem militärisch mächtigen und wirtschaftlich so wichtigen Nachbarn Russland, das gerade die Krim wieder strategisch hochfährt wie auch den syrischen Seehafen Tartus und den syrischen Luftwaffenstandort Basil al-Assad in Latakia. Der alte Freund und neue Gegner im Norden und Süden vor der Haustür.

Die unkalkulierbare Türkei ist nicht nur ein Schlüsselland für die europäische Flüchtlingspolitik, sondern entscheidend mitverantwortlich für den Brandherd an ihren südlichen Grenzen. Dessen sollten wir uns bei allem, was wir geben und erbitten bewusst sein.

Noch im letzten Jahr war der **Iran** ein Mitspieler, den man mit größter Vorsicht betrachtete. Das Atomabkommen vom 1. Juli 2015 änderte alles. Einhundert eingefrorene Milliarden US-Dollar werden von den USA freigegeben. Der Iran kann wieder Öl und Gas an alle Abnehmer verkaufen. Der Modernisierungsbedarf der iranischen Wirtschaft ist gewaltig, der Nachholbedarf der achtzig Millionen iranischen Verbraucher riesig. Die Wirtschaftsmächte stehen in Teheran Schlange. Staatspräsident Hassan Rohan kann Einfluss darauf nehmen, ob bei einem Besuch in den kapitolinischen Museen in Rom nackte Statuen verhüllt werden oder ob bei einem Staatsbankett im Elyseepalast Wein auf dem Tisch steht.

Das Einstellen der Handels- und Finanzsanktionen gegen den Iran hat das Machtgefälle im Nahen und Mittleren Osten endgültig verschoben. Während das wahhabitische Saudi-Arabien mit seiner beispiellosen Aufrüstung den schiitischen Iran technologisch jahrelang herausforderte, zum Ausbau seines Raketenprogramms zwang und lange Jahre als einflussreichster Staat in der Region galt, hat der Iran mit dem Ende der Sanktionen diese strategische Stellung endgültig übernommen; auch für die Befriedung von Syrien. Das Land erwacht geradezu aus der Zwangspause und zwar mit einem riesigen Wachstumspotential. Der Iran hat eine halbe Million Männer unter Waffen, eine Wehrpflichtarmee mit einem Reservepotential von fast zwei Millionen. Das Land verfügt über eine große aber - mangels westlicher Sicherheitstechnik - eher veraltete Luftwaffe und Marine. Die Bodentruppen in Syrien, wer immer sich darunter genau in diesem hybriden Krieg verbirgt, werden höchst effektiv von kampferprobten iranischen Kommandeuren geführt.

Das Königreich **Saudi-Arabien**, das Teil der US- geführten internationalen Allianz ist, die seit 2014 Luftangriffe gegen den IS fliegt, reagiert auf diesen Machtwechsel und erhebt in geradezu auffälliger Weise seinen Führungsanspruch.

Im Dezember 2015 bildete es unter seiner Führung ein Kampfbündnis mit dreißig islamischen Ländern gegen den IS. Die Reihe der Beteiligten reicht über mehrere Kontinente vom westafrikanische Mali, dem Tschad, Somalia und Nigeria, dem südostasiatische Malaysia, dem Libanon, Ägypten, den benachbarte Golfstaaten und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Dabei sind ebenso mächtige Staaten wie Pakistan oder die Türkei aber auch Krisenländer wie Libyen und der Jemen und kleine Staaten wie die Malediven und Bahrain. Einige beteiligte Länder erfuhren von dem Bündnis offensichtlich aus den Medien.

„Ziel der Allianz“, so verlautete es aus Riad, „sei die Bekämpfung des Terrorismus "in jeder Form". Geplant seien Einsätze im Irak sowie in Syrien, Libyen, Ägypten und Afghanistan. Aktionen - vor allem in Syrien und im Irak - würden international abgestimmt. "Wir werden gegen jede terroristische Organisation kämpfen, nicht nur gegen den 'Islamischen Staat'", sagte der stellvertretende Kronprinz und Verteidigungsminister Mohammed bin Salman. Die Koalition verdeutliche das Anliegen der "islamischen Welt, Partner im weltweiten Kampf gegen diese Geißel zu sein".

Die Welt horchte erstaunt auf, besonders die USA, die sich immer ein derartiges Engagement arabischer Truppen gewünscht haben.

Am 4. Februar 2016 ein erneuter Weckruf aus dem radikal sunnitischen Königsreich: Saudi-Arabien will eigene Soldaten in das Mutterland aller terroristischen Greuelthaten - nach Syrien - schicken, um die Terrorgruppe Islamischer Staat (IS) zu bekämpfen. In ein Land, in dem nach dem Zusammenbruch des Iraks wahhabitische Religionslehrer Saud-Arabiens den religiösen Nährboden für den heutigen IS überhaupt bereit haben, in dem Saud-Arabien moderate Rebellen gegen den alawitischen Baschar al Assad unterstützt und in dem der Hausfeind Iran im Schulterschluss mit Russland für Assad kämpft. Was für ein Szenario mit Selbsterstörungspotential der gesamten Region.

Diesmal reagierten die USA etwas zurückhaltender, wissend dass Saudi-Arabien wankt. In einem Land, das

- ein Machtkampf im Königshaus hat und der junge unerfahrene Mohammed bin Salem nach vorne strebt
- im Jemen gegen den Iran einen Stellvertreterkrieg führt und die Erfolge ausbleiben
- durch den Verfall des Ölpreises auf dem Weltmarkt schmerzhaft wirtschaftliche Einbußen erlebt
- eine hohe Staatsverschuldung und gestiegene Jugendarbeitslosigkeit aufweist
- sich durch die strenge Auslegung der Scharia nicht minder menschenverachtend verhält als der IS und übrigens auch der Iran
- die eigene Bevölkerung durch großzügige finanzielle Zuwendungen des Königshauses bei Laune hält und sich Know How und Technik teuer im Ausland erkaufen muss
- im Kampf gegen den IS riskiert, dass sunnitische Araber gegeneinander kämpfen und der IS noch stärker als bisher eine Gefahr im eigenen Land wird.

Was also treibt Saudi-Arabien mit seinem Angebot unter seiner Führerschaft Fakten gegen den IS zu schaffen. Selbstüberschätzung oder eine Art Verzweiflungsangebot an die westlichen Staaten angesichts des erstarkenden Irans?

Saudi-Arabien gilt als eine der schlagkräftigsten Armeen im Nahen Osten. Das Land zählt nach den USA mit China und Russland zu den drei Staaten mit den stärksten Zuwächsen und höchsten

absoluten Zahlen bei dem Wehretat. Es gehört damit fiskalisch betrachtet zu den am stärksten militarisierten Ländern der Erde und ist natürlich schon deswegen ein Objekt der Begierde für die Rüstungskonzerne.

Es hat in wenigen Jahren seine Berufsarmee auf ungefähr eine Viertelmillion Mann hochgerüstet, besitzt hochmoderne Waffen, zu Lande, zu Wasser und besonders in der Luft mit schlagkräftigen, modernsten westlichen Kampf - und Transportflugzeugen sowie Hubschraubern. Die Bundeswehr kann von der Modernität und Einsatzbereitschaft nur träumen.

Doch hat Saudi-Arabien es bisher sträflich vernachlässigt, Bodentruppen praktisch auszubilden oder genügend Elitesoldaten bereit zu stellen. Saudi-arabische Bodentruppen haben so gut wie keine Kampferfahrung. Der Krieg im Jemen wird überwiegend durch den Einsatz von Söldnern geführt.

Und nun Bodentruppen gegen den IS, die den entscheidenden Sieg bringen sollen? Der US-Verteidigungsminister As Carter ließ kürzlich seiner Meinung freien Lauf. Obwohl die Saudis bessere Waffen haben als der Iran, spielen sie „nicht in derselben Liga, was die Effizienz am Boden angeht“.

Seit dem Wegfall der Sanktionen hat der Iran die wirtschaftliche Möglichkeit, der Masse Qualität zu geben. Saudi-Arabien hat dieses sehr wohl erkannt und sucht den Schulterchluss mit islamischen und westlichen Staaten, um die eigene Schwäche zu kompensieren. Doch sollte sich der Westen hüten, dem neuen erstarkenden Iran hinterherzulaufen. Wie der Iran verletzt Saudi-Arabien Menschenrechte, aber er bleibt ein strategisch wichtiger Partner.

Das Angebot, die enormen Ressourcen Saudi-Arabiens und seiner Verbündeten anzunehmen, sollte also klug bedacht werden. Warum? Anders als Al Quaida hat der Islamische Staat eine äußerst verwundbare Achillesferse: Es ist sein „Staat“. Wenn man dem IS sein Territorium nimmt, dann verliert er sein mühsam aufgebautes Ordnungssystem. Selbst wenn man ihn nur vertreibt, sein zentrales Wirken wäre erst einmal dahin. Was bedeutet das in Verbindung mit dem Angebot der Saudis?

Der IS ist bekanntlich nicht nur in Syrien unterwegs. Er sitzt im nördlichen Irak zwischen Bagdad und Sindschar. Eine wesentliche Schaltstelle ist Mossul. Saudi-Arabische Bodentruppen und die ihrer arabischen Verbündeten hätten sehr wohl die Möglichkeit, den IS im Irak in ernsthafte Schwierigkeiten zu bringen. Sie müssten hierfür eine Allianz mit dem Irak bilden. Mit der Einwirkung der USA ist das denkbar. Die Operation müsste mit den bereits vorhandenen Hauptquartieren der Allianz, dem Combined Joint Task Force - Operation Inherent Resolve in Camp Arifjan Kuwait vorbereitet und durch Luftoperationen mit dem Combined Air Operation Center in Katar koordiniert werden. Auch ein neues Headquarter in Bagdad ist vorstellbar, denn es geht um die Zukunft des Iraks. Kleinere Gruppen von westlichen Elitesoldaten unterstützen die Kommandeure beratend vor Ort. Für eine derartige auf den Irak begrenzte Operation wäre ein Kontingent von ca. einhunderttausend bis einhundertfünfzigtausend Mann notwendig. Der in kleinen Gruppen agierenden IS mit seinen schnell ausgebildeten Dschihadisten aus allen Herren Länder hätte keine Chance. Viele würden fliehen, so wie einst Tausende irakische Soldaten vor wenig hundert islamistischen Kämpfern, deren Ruf reichte, um Angst zu verbreiten.

Die Aufgabe der Politik wäre es, diesen strategischen Ansatz diplomatisch vorzubereiten. Die Vereinten Nationen müssten auf der Grundlage eines Hilfeersuchens des Iraks zu einem Beschluss kommen, sonst wird es rechtlich schwierig. Dem Iran und Russland müsste man zusagen, dass die Operation im Irak Syrien ausklammert, man müsste vielmehr den Schulterchluss suchen, damit der IS in den militärischen Zangengriff gerät.

Die Türkei muss ihre ursprünglichen Regionalmacht-Ziele ohnehin anpassen. Sie wird schmerzhaft lernen müssen, dass durch die zwingend notwendige Integration der Kurden in die Kampfhandlungen im Nordirak eine autonome Kurdenrepublik ein Stück mehr Wirklichkeit wird.

Auch der erstarkende Iran müsste lernen, dass ein Gleichgewicht der Kräfte am Ende vorteilhafter ist, als Stellvertreterkriege.

Wenn diese Operation erfolgreich verläuft, und das ist militärisch in wenigen Monaten machbar, dann hätte das natürlich auch Auswirkungen auf das Verhalten der diversen Terrorgruppen in Syrien sowie auch auf die hoffentlich parallel laufenden Verhandlungen in Genf. Verhandlungsergebnisse, so hat die Geschichte gelehrt, bekommen mit militärischem Druck im Rücken eine neue oft heilsame Geschwindigkeit.

Der Westen wäre also gut beraten, Saud-Arabien in einer Rolle zuzulassen und zu fördern, die das reiche aber in der Kriegsführung relativ unerfahrene Land im Verbund auch bewältigen kann.

Doch bevor die Panzer rollen und koordinierte Luftunterstützung zum Einsatz kommt, bedarf es einer Voraussetzung: Blauhelme und zwar möglichst arabische, müssten auf Jahre für eine Nachkriegsordnung im Irak garantieren, die den Wiederaufbau des Landes und die Rückkehr von Flüchtlingen ermöglicht. Der Fehler nach dem US-Abzug und dem sich selbst überlassenen Land darf nicht noch einmal passieren.

Die Region ist zu befrieden. Während Putin das Syrien-Problem mit dem Iran löst, könnte dieses im Irak mit einer saudi-arabisch geführten Allianz unterstützt durch westliches Know How erfolgen. Man muss es nur wollen.

Jörg H. Trauboth
9. Februar 2016

Jörg H. Trauboth ist Oberst a. D. Luftwaffe, ehemaliger Generalstabsoffizier, flog über zweitausend Stunden in den Kampfflugzeugen Phantom und Tornado. Er ist heute Sicherheits- und Terrorismusexperte und Krisenmanagement - Buchautor.
www.trauboth-autor.de

©2016